



Konrad
Adenauer
Stiftung

WIE SCHMECKTE DIE DDR?

BAND 1

**WEGE ZU EINER KULTUR DES
ERINNERNS**

MIT BEITRÄGEN VON

BEATE NEUSS | STANISLAW TILLICH | RICHARD SCHRÖDER

ISBN 978-3-940955-64-7



Vorträge im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung zur Ringvorlesung 2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ am 28. September 2008 in der Sächsischen Staatsoper Dresden (Semperoper) des Bildungswerks Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen

BILDNACHWEIS

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk Dresden /
Maik Sempf: S. 10, 17, 20, 27, 30*

REDAKTION

Tobias Montag

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-64-7

INHALT

5 | VORWORT

7 | EINFÜHRUNG
Beate Neuss

15 | GRUSSWORT
Stanislaw Tillich

19 | ERINNERUNGEN AN DIE DDR
Richard Schröder

34 | DIE AUTOREN

34 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-
STIFTUNG

VORWORT

Im Jahr 2009 jähren sich zwei Schlüsselereignisse der deutschen Geschichte. Die Bundesrepublik Deutschland wird 60 Jahre alt und zugleich feiern wir 20 Jahre friedliche Revolution in der DDR.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung gedenkt dieser Jubiläen mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen. Mit der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ gedenken wir nicht nur der zentralen Entscheidungen und politischen Entwürfe in 60 Jahren Bundesrepublik und 20 Jahren friedliche Revolution, sondern wollen ebenso Redebeiträge für Veranstaltungen, die sich mit diesen vergangenen Ereignissen, aber auch deren Auswirkungen in Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Sie versteht sich als Beitrag gegen eine zunehmende Unkenntnis und einseitige Vereinnahmung der Geschichte des diktatorischen SED-Staates und der demokratischen Erneuerung der Deutschen seit Gründung der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung.

Umfragen und Studien belegen, dass das Unwissen insbesondere über die DDR in erschreckendem Ausmaß zunimmt. Aus der im November 2007 veröffentlichten Studie *Das DDR-Bild von Schülern in Berlin* geht beispielsweise hervor, dass das Wissen der befragten Schüler der 9. bis 11. Klasse über die DDR nur sehr gering ist. Auch die Ergebnisse der Befragungen von Schülern aus Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen unterscheiden sich kaum von den Berliner Ergebnissen. Gleichzeitig ist eine wachsende Verklärung der DDR zu beobachten – sie firmiert unter dem Schlagwort „Ostalgie“ und macht auf einen grundsätzlichen Missstand aufmerksam: Tendenziell wird jungen Menschen im Elternhaus und Freundeskreis ein positives DDR-Bild vermittelt, das auch in der Schule anscheinend nicht in Frage gestellt, sondern eher bestätigt wird.

Eine besondere Herausforderung ist diese Situation gerade für die Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren originäre Aufgabe darin besteht, für unsere freiheitliche

Demokratie zu werben sowie politisches und wirtschaftliches Grundlagenwissen zu vermitteln. Im September 2008 initiierte das Bildungswerk Dresden gemeinsam mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen die Veranstaltungsreihe „Wie schmeckte die DDR?“. Die Veranstaltungsreihe will das Verständnis über unsere Geschichte wecken und einen differenzierten Blick – zwischen Relativierung und Dämonisierung – auf die DDR wagen.

Nicht jeder lebte in ständiger Angst und dem Bewusstsein des totalen Überwachungsstaates. Das DDR-System wurde besonders aktiv, wenn man sich nicht systemkonform verhielt. Dann offenbarte es allerdings alle Dimensionen eines totalitären Staates. Die (Lebens-)Kunst des Einzelnen bestand darin, minimale Kompromisslinien zu finden und nicht voraus-eilenden Gehorsam zu leisten. Im Nachhinein werden unterschiedliche Aspekte dieser Erfahrungen oftmals aus- oder überblendet. Auf diese Weise entstehen Geschichtsbilder, die mit dem Alltag in der Parteidiktatur nichts mehr zu tun haben. Deshalb ist es notwendig, Gewissenserforschung zu betreiben und sich zu erinnern, wie die DDR war und wie sie erlebt wurde.

Der vorliegende Band enthält die Reden der Auftaktveranstaltung am 28. September 2008 in der Semperoper zu Dresden, die „Wege zu einer Kultur des Erinnerns“ suchen. Aus der Veranstaltungsreihe sollen in Zukunft zu einzelnen Themenschwerpunkten noch weitere ausgewählte Beiträge publiziert werden.

Herzlich gedankt sei an dieser Stelle Herrn Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, Frau Professorin Beate Neuss und Herrn Professor Richard Schröder für die freundliche Einwilligung, ihre Manuskripte für eine Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Ein besonderer Dank für die Konzeption und Durchführung der Veranstaltungsreihe „Wie schmeckte die DDR?“ sowie für die Anregung und Begleitung der Publikation gebührt auch dem Leiter des Bildungswerkes Dresden Dr. Joachim Klose und der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Ulrike Büchel.

Berlin, im März 2009

Dr. Ralf Thomas Baus

Leiter Team Innenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Wolfgang Hilberer

Team Innenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

EINFÜHRUNG

Beate Neuss

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tillich,
sehr geehrte Vertreter der Sächsischen Staatsregierung,
sehr geehrte Abgeordnete des Bundestages und des
Landtages,
ich begrüße Sie alle sehr herzlich hier in der wunderbaren
Semperoper!

Ich begrüße den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates
Sachsen, Herrn Prof. Dr. Biedenkopf!

Mit besonderer Freude heiße ich Vertreter des Diploma-
tischen und Konsularischen Corps willkommen.

Unserem Festredner Herrn Prof. Dr. Richard Schröder gilt ein
besonders herzliches Willkommen und Herrn Uecker, dem
Hausherrn der Semperoper, gilt ein sehr herzlicher Dank
dafür, dass wir uns in diesem wunderbaren Haus versam-
eln dürfen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich begrüße Sie im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung
sehr herzlich zu unserer Auftaktveranstaltung der Vorle-
sungsreihe „Wie schmeckte die DDR?“.

Wir gehen in ein Jubiläumsjahr: 60 Jahre Bundesrepublik – 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit. Etliche von Ihnen werden noch die Gründung der DDR erlebt und 40 Jahre in diesem Staat gelebt haben. Die meisten werden in diesen Staat hineingeboren worden sein und die friedliche Revolution miterlebt haben. Die jungen unter Ihnen sind in die deutsche Einheit hineingeboren. Sie können aus eigenem Erleben nicht wissen, wie die DDR schmeckte.

Wie schmeckte die DDR, welchen Geschmack empfinden wir heute, wenn wir uns unerwartet und spontan im Freundeskreis an sie erinnern? Wenn wir ganz bewusst über sie nachdenken? Welche Assoziationen ruft sie bei denen hervor, die den Geschmack nur über Eltern, Lehrer, Filme und Lektüre vermittelt bekommen? Woran liegt es, dass heute viele einer Ostalgie anhängen, ohne noch recht zu wissen, wie die DDR schmeckte – ja gar ohne es wissen zu *wollen*?

Wie schmeckte die DDR denn? Ganz sicher: Für jede Person, jede Familie höchst unterschiedlich – je nach Lebensalter, nach beruflicher Position, nach Lebensereignissen und nach Gewinn oder Verlust an Lebensgestaltung, die man dem eigenen Staat zuschreiben konnte. Einerseits ist die Haltung des Einzelnen zu seinem Staat etwas sehr Individuelles – andererseits, betrachtet man die Gesellschaft im Ganzen, ergeben sich doch Befindlichkeiten, die von vielen geteilt werden.

Gab es auch einen Geschmack der DDR für jemanden wie mich, der bis 1994 im Westen lebte? Doch durchaus, allerdings bin ich wohl nicht typisch, weil ich bereits vor 1989 öfter in der DDR war – zu Verwandtenbesuchen in Sachsen und zu geführten Touren in anderen ostdeutschen Regionen. Und dann kam 1994 mit dem Umzug der Nachgeschmack hinzu – in Form von jungen Studierenden und der neuen Nachbarschaft in meiner neuen Heimat Sachsen.

Es war schön und außerordentlich herzlich bei den Verwandten, ohne sie wäre ich nicht ein zweites Mal gekommen. Der Grenzübertritt und die Anmeldeprozedur bei der Polizei waren höchst unangenehm und verdeutlichten bereits in der Form der rabiaten, unfreundlichen Behandlung, dass man nicht erwünscht war, dass der Aufenthalt nur gnadenhalber zugestanden wurde und dass man sich nicht in einem Staat aufhielt, dessen Beamte einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit ausgesetzt waren. Der Zwangsumtausch von 25 DM pro Tag ließ sich mangels attraktiver Pro-

dukte – bzw. solcher die auch ausgeführt werden durften, wozu z.B. Unterwäsche und Lebensmittel nicht gehörten – nicht sinnvoll ausgeben. Die Städte waren grau und deprimierend. Die Mühen, die die Verwandten sich aufluden, um an Paprika, Obst, ordentliches Bier und feinen Aufschnitt zu kommen, waren belastend. Lustig hingegen die Geschichten, wie sie an die Bückware schließlich gekommen waren – wir hatten ja nicht die Zeit mit dem Organisieren verplempeln müssen. Gut auch, dass wir, wie bestellt, die gewünschten zwei Kilogramm nicht rostender langer Nägel mitbringen konnten, für das Wiederbefestigen der Hausschindeln. Vogelfutter haben wir als Mitbringsel verweigert, schließlich konnten sich diese Tiere ohne Ausreisegenehmigung in den Westen begeben und sogar zurückkehren!

So waren es die menschlichen Beziehungen, die dafür entschädigten, der Kaffeeklatsch im sonnendurchfluteten Garten und zum wiederholten Mal der Zwinger, die Museen, die Landschaft. Aber: Wir kamen wegen der Menschen. Darüber hinaus waren die Besuche interessant, weil sie für uns Wissenschaftler einen Ausschnitt Wirklichkeit boten, den wir mit dem konfrontieren konnten, was in den meisten westdeutschen Publikationen über die DDR zu lesen war: Wurde dort das Gesundheitssystem gelobt, erfuhren wir von unserem Verwandten, einem Klinikleiter, welche Katastrophe ein zerbrochenes Fieberthermometer bedeutete, wie Einmalspritzen wieder aufbereitet werden mussten, Dialysegeräte fehlten und Medikamente aus Devisenmangel nicht importiert wurden. All diese Informationen hätten wir gar nicht erhalten dürfen, dies stand unter den Paragraphen über „Staatsfeindliche Hetze“ und „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“ unter drastischer Strafe. Mangelwirtschaft nicht nur bei Paprika und Ananas, Büchern und Autos, auch dort, wo es um das unmittelbare Überleben ging!

Auch das ein Geschmack der DDR: Der Sohn, der nicht studieren durfte und beständig bedrängt wurde, in die SED einzutreten. Ruhe hatte er erst, als er der CDU beitrug – nicht ohne mit dem abschließenden Hinweis versorgt zu werden, *nie, nie* werde er ins nichtsozialistische Ausland fahren dürfen – das hieß: 45 Jahre warten bis zur Rente! Zwölf Monate später war die Mauer gefallen und wir zeigten ihm München.

Die Verwandten halfen auch, den Blick auf den Westen zu schärfen. Selten kritisch. Aber wer mit einem DDR-Bürger, dem die Gnade eines Verwandtenbesuchs zuteil wurde und der gerade die Prozeduren an der

innerdeutschen Grenze hinter sich gebracht hat und nun ohne weitere Grenzkontrolle eine Stippvisite in Österreich und Italien macht, entdeckt am fassungslosen Staunen über die westeuropäische Freizügigkeit den Wert des europäischen Einigungsprozesses.



Prof. Dr. Beate Neuss

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk Dresden / Maik Sempff

Obwohl sehr viele in der DDR die Zustände als unerträglich ansahen und – um die Folgen wissend – Ausreiseanträge stellten oder in Nischen abtauchten, scheinen die Fremdsteuerung des eigenen Lebens, die Drangsalierung, sobald man aus der „Linie“ ausscherte, der Mangel, die Wohnsituation von vielen vergessen. Warum? Warum ist das, was so lange und durchaus klagend vermisst wurde, nun nicht mehr im Gedächtnis? Wie kann es sein, dass mich Studierende in Chemnitz im letzten November mit großen Augen betrachteten, als ich über die AusreiseprozEDUREN und die bescheidenen, seltenen Möglichkeiten für Personen unterhalb des Rentenalters sprach, eine Westreise zu unternehmen? Ist uns noch klar, was die Teilung bedeutete? Die hermetischen Grenzbefestigungen von der Ostsee bis Bayern, die Mauer durch eine Millionenstadt, die am 13. August 1961 Familien teilte – ein monströses Bauwerk, das wir so gründlich geschliffen haben, dass mir die Studenten bescheinigten, von den Grenzanlagen nichts „wirklich“ zu wissen? Die Befragungen von Schülern, deren Ergebnisse bezeugen, dass über die Geschichte der DDR vor allem eines herrscht: Mangel an Wissen? Wie kann es sein, dass sich ein Lehrer vor die Klasse stellt und erklärt: „Mit der DDR bin ich noch nicht fertig,

die nehmen wir nicht durch?“ Was ist es, dass es so schwer macht, sich mit selbst erlebter Geschichte, also einem Teil der eigenen Biographie, auseinanderzusetzen, dass man sie lieber verdrängt?

Sommersemester 1994 – Technische Universität Chemnitz. Eine meiner ersten Seminarsitzungen. Zur Sprache kommt die geringe Produktivität des Wirtschaftssystems der DDR. Eine selten spontane und emotionale Meldung: „Meine Eltern waren nicht faul!“

Lektion Nr. 1 für die neue Professorin: Die Kritik an der Wirtschaftsstruktur, am politischen System wird als Kritik an der eigenen Biographie verstanden – nicht nur an der der Eltern und Großeltern. All die Jahre – noch bis heute – haben mir gezeigt, wie unendlich schwer es ist, welcher intellektuellen Kraftanstrengung es bedarf, die eigene Person, das eigene Leben oder das der Eltern, Großeltern von einer Bewertung des politischen Systems zu trennen. „Die DDR? – Die DDR war für mich der Kirschbaum im Garten meiner Großmutter!“, so eine Studentin. Sicher könnte man hinzufügen: Die DDR – das war die Zelttour mit meiner ersten großen Liebe oder unser erstes Kind.

Lektion 2: Das Negative, war es nicht allzu traumatisierend, wird verdrängt, das Schöne im Alltag bleibt in Erinnerung. In vielen Gesprächen ergibt sich zudem oft das Bedürfnis nach Rechtfertigung: Man habe ja nicht mitgemacht, als es um die Ausgrenzung und Anschwärzung des kritischen Arbeitskollegen ging. Oder: Es ging ja gar nicht anders. So war es eben.

Lektion 3: Die unbequeme Frage an das eigene Ich: Wenn das politische System verbrecherisch war, Menschen und ihre Lebenschancen zerstört hat, hätte ich dann nicht etwas tun müssen? Auch das behindert die Beschäftigung mit der Vergangenheit, denn die ehrliche Antwort könnte ja beschämend sein. Helden sind die Menschen nur in Ausnahmefällen und es ist verständlich, dass es nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 mehr als eine ganze Generation dauerte, bis der Mut groß genug wurde, sich aufzulehnen. Aber es erklärt nicht, warum ein so hoher Prozentsatz der Bevölkerung aktiv bei der Stasi mitarbeitete. Einen Erklärungsversuch werde ich später leisten.

Lektion Nr. 4: Was dauerhaft und allgegenwärtig ist, wird nicht mehr wahrgenommen. 1995 eine Taxifahrt hinter einem Trabi. Ich rümpfe die

Nase und bitte die Innenzirkulation einzustellen: Der Taxifahrer: „Die Trabis stinken erst seitdem sie Westbenzin tanken!“ Das war für uns aus dem Westen auch der Geschmack der DDR: der Trabigestank – die gesamte DDR roch danach. Unsere Verwandten und Freunde nahmen es nur noch ausnahmsweise wahr, wie auch den spezifischen Geruch der Braunkohleheizungen. Diese Erfahrung gilt nicht nur für Auspuffgase. Wenn ich in einem Umfeld leben muss, in dem ich permanente Kontrolle, gnadevolle Zugeständnisse statt rechtsstaatlich gesicherte Ansprüche gegen den Staat erlebe, wenn die Rechte des Individuums denen des Staates untergeordnet sind und ich nie etwas anderes erlebt habe, werde ich diesen Geruch des Unrechts als normal ansehen. Die übliche Seminarveranstaltung – aber völlig anders als gewohnt: Fast alle machen sich klein, niemand schaut hoch, Arme eng am Körper. Aufgerufen versucht man herauszufinden, was ich wohl hören will.

Lektion 5: Bloß nicht als Individuum, als eigene Persönlichkeit auffallen! Eine Sozialisation, die in der ersten Generation nach dem Mauerfall tief sitzt: Im Kollektiv und unauffällig ist man sicher, sonst besteht die Gefahr, die Parteilinie zu verlassen und das kann gefährlich werden. Eine Ausnahme unter den Studierenden: Einer aus der Königswalder Friedensbewegung, nach den Stasi-Verhören schreckt ihn erst recht keine Dozentin. Inzwischen habe ich schon seit Jahren das beglückende Erlebnis, dass es hierin keine Unterschiede zwischen Studierenden im Westen und Osten mehr gibt.

Ich habe versucht, meine Erfahrung mit Ihnen zu teilen, dass der Geschmack der DDR sehr unterschiedlich sein kann, auch aus der Erfahrung einer westdeutschen Biographie: Süß der Obstgarten der Großmutter, schal und bitter in vielen anderen Fällen, wenn das politische System dem Menschen seine Selbstbestimmung, seine Entwicklungsmöglichkeit nimmt, wenn es ihn gar zersetzt und zerstört, in Isolationshaft und unter Folter gehalten hat. Warum aber fällt es so schwer, sich mit der Geschichte zu befassen, sobald sie verbrecherisch ist? Das ist im Osten Deutschlands nicht anders, als es im Westen nach 1945 war, es ist schwer in Spanien und Argentinien und auch in Chile. Es geschieht nicht in Moskau und nicht in Peking. Ich denke, ich habe bereits eine Antwort gegeben für die persönliche Ebene: Es verlangt Empathie mit den Opfern, das Nachvollziehen dessen, was ihnen als Lebenschance entgangen ist und welches Leid sie erfahren haben – allerdings identifiziert man sich leichter mit Siegertypen!

Es verlangt nach der Auseinandersetzung mit der eigenen Person, mit der Familie, dem Umfeld und der eigenen Haltung zur Politik sowie mit dem, in dem wir uns immer gerne geborgen fühlen möchten, der Heimat, was oft in eins gesetzt wird mit dem Staat. All das ist schmerzhaft.

Warum müssen wir es dennoch auf uns nehmen, uns der Geschichte zu stellen und die positiven und die negativen Elemente aufarbeiten? Warum ist es von Bedeutung, dass diejenigen, die die DDR nicht erlebt haben, erfahren, wie sie schmeckte? Wir sind nicht frei, uns die Geschichte schönzureden – das Wissen ist vorhanden, es wird uns und unseren Kindern ohnehin wieder begegnen, wir entkommen ihr nicht. Selektive Geschichte gibt es nur in Diktaturen. Wir verstehen auch uns selbst, unsere Verhaltensweisen, unsere Reaktionen in der Gesellschaft und in der Politik nur, wenn wir analysieren, was uns geprägt hat. Wir sind Teil dieser Geschichte und sie ist Teil von uns! Hängt es mit der Vergangenheit zusammen, dass vielen Gleichheit so wichtig ist, dass sie sie höher stellen als Freiheit? Warum glauben wir nicht an unsere persönliche Kraft, sondern erwarten, dass der Staat es schon regeln wird? Wie hängt die Wirtschaftssituation mit 40 Jahren Sozialismus zusammen? Haben extremistische Strömungen mit der Prägung durch die zwei Diktaturen in Deutschland seit 1933 zu tun?

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Aspekt, warum wir uns mit der DDR-Diktatur auseinandersetzen müssen. Dieser ist mir bei vielen Gesprächen in Russland und China bewusst geworden – zwei Staaten, die in unterschiedlichem Grad den Zugang zur Geschichte ihres Landes versperren. Wenn sich eine Nation nicht damit auseinandersetzt, dass sie in einer Diktatur gelebt hat und welche Mechanismen und Instrumente ihre Bürger entmündigt und gefügig gemacht haben, wie Angstkulissen aufgebaut und der Terror an Einzelnen bewusst zur Abschreckung für alle eingesetzt wird, wer sich damit *nicht* beschäftigen kann, wird *nicht* sensibilisiert für die Vorgehensweise von Diktaturen. Wie die Formen diktatorischer Machtausübung sehr rasch auch auf Menschen wirken, die lange in der *Demokratie* sozialisiert wurden, konnte ich bei einer Gruppenfahrt von westdeutschen Lehrern und Dozenten an der innerdeutschen Grenze erfahren. Wir sollten nicht provozieren, war gesagt worden. Richtig – aber die geradezu kriecherische Zuvorkommenheit, die fühlbare Beklemmung, wenn nicht Angst, zeigte: Das Einschüchterungspotential wirkt rasch, sobald man sich nicht mehr im Schutz des Rechtsstaates weiß. Es bedarf daher des Wissens um die Mechanismen der Diktatur und die Verführungsmacht von Ideologie.

Im zunehmend autoritärer werdenden Russland ist zu erkennen, dass die Mehrheit der Menschen nie aufgehört hat, staatliche Willkür für „normal“ zu halten. Man war Untertan nicht Bürger, das war immer so. Weil das alte System in seinem verbrecherischen Vorgehen beschwiegen wird, wird der nahtlose Übergang in neue Freiheits- und Rechtsberaubungen nicht wahrgenommen. China hält deshalb seine Geschichte besonders sorgfältig unter Verschluss: Wissen könnte die Diktatur gefährden. Waren vielleicht normale DDR-Bürger zu einem so hohen Prozentsatz bereit, hauptamtlich oder als freiberufliche Schnüffler für die Stasi zu arbeiten, weil Ostdeutschland nahtlos von der nationalsozialistischen Diktatur in eine sozialistische Diktatur überführt wurde? Und nahm die Bereitschaft als IM zu arbeiten im Laufe der Zeit vielleicht gerade deshalb zu, weil es ja so normal war, dass der Staat den Bürger seiner Rechte beraubte und Menschen zu seinen Instrumenten machte? Hier gilt es Bewusstsein zu schaffen für die unantastbaren Rechte des Einzelnen, die der Staat zu schützen hat!

Ferner: Wir sind es den Tausenden von Opfern schuldig, die umgebracht, traumatisiert, ihrer Ausbildungs- und Lebenschancen beraubt, von ihren Familien getrennt wurden und die Heimat verlassen mussten.

Und nicht zuletzt: Wir können die Gegenwart nur bewerten, wenn wir den Maßstab der Vergangenheit haben, nur dann lässt sich unser Leben einordnen und bei aller Kritik, die es immer geben wird, verstehen, was gewonnen wurde aus der Niederlegung der Mauer, durch den von der Revolution erstrittenen Gewinn an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Reisefreiheit und persönlichen Entfaltungspotentialen.

Zwanzig Jahre später sollten wir wieder wissen wollen, wie die DDR schmeckte, um das eigene Leben und das Leben der anderen zu erkunden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt Sie ein zu einer Vortragsreihe, die sich differenziert mit vielen Aspekten des Lebens in der DDR befassen wird. Wir freuen uns, wenn Sie kommen, mitdenken und mitdiskutieren!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

GRUSSWORT

Stanislaw Tillich

Sehr geehrte Frau Professor Neuss,
vielen Dank für die freundliche Begrüßung hier in der
Semperoper in Dresden.

Sehr geehrter Herr Professor Schröder,
meine Damen und Herren Abgeordnete des Bundestages
und des Landtages,
liebe Kollegen und ehemalige Mitglieder der Sächsischen
Staatsregierung,
sehr geehrter Herr Professor Biedenkopf,
sehr geehrte Mitglieder des Konsularischen Korps,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass heute so viele in die Semperoper gekommen sind und wünsche allen Veranstaltungen dieser Reihe ein ähnlich großes Interesse wie am heutigen Tag.

Wenn wir eine Antwort auf die Frage „Wie schmeckte die DDR?“ suchen, dann können wir uns ihr von verschiedenen Blickwinkeln nähern. Eine Schlussbilanz zur Geschichte der DDR wird späteren Generationen vorbehalten bleiben, auch wenn wir uns auf das zwanzigjährige Jubiläum der friedlichen Revolution hinbewegen.

Der politische Wandel im Herbst 1989 hat die DDR von Grund auf verändert. Die Bürger haben sich durch die Demonstrationen Grundrechte und Demokratie erkämpft. Nach der ersten freien Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 war die DDR dann bereits ein freiheitlich verfasster Staat, als sie der Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Diese freie DDR gab es nur einen Wimpernschlag der Geschichte lang.

Wir sehen heute, dass die DDR jedem anders schmeckt. Es gibt kein pauschales Urteil über die Zeit der DDR.

DDR: Das waren Tote an der Mauer, Spitzeleien der Stasi, das hieß politische Gefangene, Ausreiseanträge und alltägliche Wut über ein System, das seine Menschen nicht frei und unabhängig sein ließ. Staatliches Unrecht und Willkür suchte viele Familien heim und zerstörte persönliche Träume und Lebensentwürfe. Das vergessen manche, wenn sie zurückblicken.

Vergangenheit ist aber mehr als das politische System. Viele erinnern sich lieber an die positiven Erlebnisse – und dieses Verhalten ist sehr menschlich. Zum alltäglichen Leben in der DDR gehörten auch andere Erfahrungen. DDR-Vergangenheit ist mehr als die Geschichte eines politischen Unrechtsregimes.

Wer in der DDR geheiratet, die Geburtstage seiner Kinder gefeiert, kurzum: sein Leben verbracht hat, erinnert sich auch mit einem guten Gefühl an diese Zeit. Wer das verdrängt, wäre zu sich selbst unehrlich und würde sich um seine eigene Vergangenheit bringen.

In den Betrieben herrschte zwar Mangel. Aber trotzdem war jeder – ob Facharbeiter oder Ingenieur – stolz darauf, durch Eigeninitiative und Improvisation gemeinsam mit anderen etwas geschaffen zu haben. Auch in der DDR gab es Berufsethos.

Das heißt: Wir müssen weiter vor dem politischen Unrecht der DDR mahnen und an die Opfer erinnern, weil dieses Mahnen und Erinnern den Wert der Freiheit herausstellt. Verfehlt wäre indes, wenn man zugleich die privaten und beruflichen Biographien von Bürgerinnen und Bürgern eines ganzen Staates diskreditiert. Auch sie haben, wie ihre Mitbürger im Westen, aber unter gänzlich unterschiedlichen Bedingungen, eine Lebensleistung vollbracht.



Ministerpräsident Stanislaw Tillich MdL
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Bildungswerk Dresden / Maik Sempf

Meine Damen und Herren, Erinnerung ist nie objektiv, die Perspektive auf die Vergangenheit ändert sich auch mit dem zeitlichen Abstand. Sie hat etwas mit der eigenen, derzeitigen Situation zu tun. Wer heute arbeitslos ist, denkt anders über den Arbeitsmarkt in der DDR als ein Ingenieur, der sich gerade mit einer hoffnungsvollen Idee selbständig macht. Manch einer, der sich heute benachteiligt fühlt, legt sich subjektiv vieles so zurecht, wie es ihm in Erinnerung geblieben ist und meint dann: Das sei ihm „früher in der DDR“ nicht passiert.

Eine annähernd objektive Geschichtsschreibung der DDR gibt es nicht – noch nicht. Alle Bürger in der DDR haben schließlich ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Noch dominieren diese ganz individuellen Erzählungen und Erinnerungen. Wenn Jugendliche nun diese subjektive Sicht hören, erstaunt es nicht, dass manchen unter ihnen die Orientierung fehlt und sie die DDR für einen Rechtsstaat halten. Und das, meine Damen und Herren, war sie nicht: Ihr fehlte als Basis *eine unabänderliche und auf Dauer angelegte Werte- und Rechtsordnung*. Die Kuscheldiktatur der DDR hat es tatsächlich nie gegeben. Das kann nur heißen: Die Aufarbeitung ist fast 20 Jahre nach der Revolution noch nicht abgeschlossen – sie geht weiter.

Wir müssen allen Menschen sagen, dass sie ehrlich zurückdenken sollen und keinen Aspekt auslassen dürfen. Die persönliche Situation oder die Probleme von heute dürfen keine Deutungshoheit über die Vergangenheit bekommen. Ehrliches Zurückdenken schließt nicht aus, was ich eben beschrieben habe: dass wir auch mit einem lachenden Auge auf unser privates Glück zurückblicken, aber gleichzeitig die Frustration nicht vergessen, die uns heimsuchte, wenn wir im Alltag an der Allgegenwärtigkeit des Staates verzweifelt sind.

Um zu wissen, wie bitter und zugleich süß die DDR schmeckte, ist also vor allem Offenheit gefragt: abwägende Aufrichtigkeit mit sich selbst und Aufrichtigkeit gegenüber den erschreckenden Erfahrungen, die andere mit dem System gemacht haben. Erinnerung, die nichts ausschließt, sondern alles einschließt, das ist auch ein Erfolg der friedlichen Revolution. Seitdem herrscht Meinungs- und Erinnerungsfreiheit.

Nur ohne einseitige Verklärung zeichnet sich vollständig ab, was in Sachsen und in ganz Ostdeutschland seit 1989 geleistet wurde. Alle haben seitdem angepackt. Autobahnen und Straßen, saubere Flüsse und sanierte Innenstädte, das fällt jedem sofort ins Auge. Und das Wichtigste: Wir leben in einem friedlichen und vereinten Deutschland mitten in Europa. Zu unseren östlichen Nachbarn verbindet uns keine von oben verordnete sozialistische Freundschaft mehr, sondern eine echte, tiefe Partnerschaft, die in der Europäischen Union immer weiter wächst.

Viel wichtiger aber ist doch, was das neue Sachsen – ich habe einmal unser Land den „Freistaat der Freiheit“ genannt – für jeden Einzelnen bedeutet. Viele fühlten sich in der DDR in ihrer Eigeninitiative gebremst, heute kann jeder seine Vorhaben verwirklichen. Seinen Beruf darf jeder frei wählen. Selbständige sind hochwillkommen, weil sie für Fortschritt in der Wirtschaft sorgen. Ihnen wird nicht wie früher ein Knüppel zwischen die Beine geworfen. Studieren und auch promovieren darf jeder, der die Leistungsvoraussetzungen erfüllt. Jetzt ist nicht mehr allein große Organisationsgabe gefragt, um das eigene Haus zu renovieren, Fliesen zu bekommen, genügend Beton zu haben – nein, alles Notwendige ist im Baumarkt nebenan zu kaufen. In den Kaufhallen muss niemand Schlange stehen, um ein paar Flaschen Radeberger zu ergattern. Von den Flughäfen in Leipzig und Dresden kann jeder in die ganze Welt verreisen.

Meine Damen und Herren, wie in jeder Demokratie, auch heute und jetzt, gehört für Politiker die Einsicht dazu, dass nicht immer alles perfekt und hundertprozentig läuft. Aber jeder ist aufgerufen, zu kritisieren, mitzuhelfen und mitzuarbeiten, um seine eigenen Ideen zu realisieren. Niemand wird ihn daran hindern, vielmehr wird ihn jeder unterstützen und willkommen heißen. Daran sehen wir, was seit 1989 gewonnen wurde: unsere persönliche und politische Freiheit.

ERINNERUNGEN AN DIE DDR

Richard Schröder

Die Zukunft ist offen, die Vergangenheit steht fest, denn was geschehen ist, kann niemand ungeschehen machen. Aber was genau ist denn geschehen? Darüber wird vor Gericht gelegentlich jahrelang gestritten und Jahr für Jahr bringen die Historiker neue Bücher über längst Geschehenes heraus. Irgendwie ist auch die Vergangenheit offen. Es geht uns beim Gang durch die Zeit ähnlich wie beim Wandern: Ständig verändert sich nicht nur der Ausblick, sondern auch der Rückblick, nicht weil Berg und Tal sich bewegen, sondern wir uns.

Erinnerung kann vergolden, sie kann dramatisieren und beides umso mehr, je stärker der Erinnernde engagiert ist. *Sine ira et studio*, ohne Zorn und Eifer, das ist für Zeitzeugen besonders schwer. Wenn es um die Erinnerung an einen vergangenen Alltag geht, kommt zweierlei erschwerend hinzu. Wer heute über damals berichtet, muss darstellend auswählen, nämlich das Bemerkenswerte, Besondere, Interessante – interessant für diejenigen, die diesen Alltag nicht erlebt haben. Und die interessieren sich für das aus heutiger Sicht Unnormale an jenem Alltag. Damals aber war Alltag Alltag und der ist doch immer geradezu der Inbegriff des Normalen. Die rückblickende Darstellung für Dritte entnormalisiert zwangsläufig das damals Normale. Das ist in einer Hinsicht berechtigt. Manches Verkehrte am damals Normalen

fällt manchen erst rückblickend auf, weil sie jetzt erst vergleichen können. Mit einem gewissen Abstand sieht man besser. Was einem zu nahe ist, entzieht sich der Wahrnehmung. Aber nicht alles damals Normale war verkehrt. Vieles haben alle Alltage überall gemeinsam. Es wird geliebt und getrauert, es gibt Alltagsorgen und Alltagsfreuden, Freundschaften und Feindschaften, Großherzigkeiten und Gemeinheiten, schönes Wetter und trübe Tage, Erfolge und Niederlagen, Krankheit und Genesung und wer diese Elemente des richtigen Lebens im verkehrten nicht anerkennen will, ist ein Fanatiker. Es gehört nämlich überall zum richtigen, sprich typisch menschlichen Leben leider immer auch viel Verkehrtes und immer auch viel Erfreuliches. Dieser Teil des Alltags aber entzieht sich der Darstellung, weil nur das Außergewöhnliche interessiert. Man muss ihn aber immer hinzudenken.



Prof. Dr. h. c. Dr. theol. habil. Richard Schröder

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk Dresden / Maik Sempf

Und das andere Problem der Erinnerung an den vergangenen DDR-Alltag: Jeder hat nur seinen erlebt. Wenn heute ein ehemaliger DDR-Bürger dem anderen nach hitziger Debatte vorwirft: „Sie müssen in einer anderen DDR gelebt haben als ich“, hat er womöglich ungeahnt ins Schwarze getroffen. Ein NVA-Offizier, ein LPG-Bauer und ein Pfarrer haben tatsächlich jeder einen anderen DDR-Alltag erlebt und oft vom anderen Alltag wenig geahnt, denn in der DDR gab es keine freie, gemeinsame Öffentlichkeit. Nur insofern war sie eine Nischengesellschaft und keine Idylle einer fide-len Kleingartenkolonie, wie Günter Gauss meinte.

Was hätten denn damals die meisten DDR-Bürger als charakteristisch für ihren Alltag benannt? Dass es der Alltag in einer Diktatur war, wird man heute erwarten. Falsch geraten. Das Wort Diktatur war nämlich umfunktioniert. Ganz offiziell wurde die politische Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik als „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet. Demokratie (die „sozialistische“), Republik und Diktatur waren daher dasselbe. Das ist nur eine kleine Probe der babylonischen Sprachverwirrungen, die der Marxismus-Leninismus, diese monströse Desorientierungstheorie, angerichtet hat – nicht ohne Erfolg.

Es gab noch einen anderen Grund, die politischen Verhältnisse nicht als Diktatur zu brandmarken. Fundamentalkritik war lebensgefährlich. Die einen wussten das und vermieden deshalb, solche Fundamentalkritik auszusprechen. Die anderen gingen, oft unbewusst, einen Schritt weiter und vermieden es, das Lebensgefährliche auch nur zu denken. Sie mieden die Anstrengung, das Verkehrte weiter für verkehrt zu halten, obwohl man es so nicht nennen durfte und nicht ändern konnte. Eine dritte Gruppe, darunter viele Intellektuelle, reduzierte ihre Kritik auf die Formel: „Die Idee des Sozialismus ist gut, bloß die Durchführung ist schlecht.“ Das Fatale dieser Position: Sie verstand sich als couragiert und oppositionell – und war doch in Wahrheit systemstabilisierend. Da bis heute viele diese Position vertreten, erinnere ich daran, dass nach 1945 eine ganze Zeit lang eine Mehrheit die These bejaht hat: „Die Idee des Nationalsozialismus war gut, nur die Durchführung schlecht“, wie für Westdeutschland durch damalige Umfragen belegt ist und für Ostdeutschland ebenfalls vorausgesetzt werden muss. Ich sage voraus: Wie wir heute diese Umfrageergebnisse peinlich finden, wird die nächste Generation jene auch peinlich finden.

Schwierig ist die Frage zu beantworten, wie denn die Akteure des Systems vor sich selbst ihr Tun gerechtfertigt hatten. Das Fehlen einer Öffentlichkeit behinderte auch die Gewissensbildung. Die Funktionäre blieben unter sich und setzten ihr Legitimationssystem nicht Einwänden von außen aus, sondern stabilisierten es durch Schulungen. Ich habe einmal ein Gespräch von Wirtschaftsfunktionären im Nebenabteil der Eisenbahn unfreiwillig mitgehört. „Wie wir das damals bei der Gründung der LPGs durchgezogen haben, da darf ich gar nicht daran denken. Aber es war ja notwendig“, sagte einer. Er war nicht gewissenlos, aber er betäubte sein Gewissen mit der marxistisch-leninistischen „historischen Notwendigkeit“. Sie war das Opium fürs Gewissen.

Gegenüber dem verquastem Sozialismus-Idealismus vieler Intellektueller in Ost und West (!) war der politische Witz, der nirgends so gut gedeiht wie in der Diktatur, viel realistischer. Er ist ein authentisches Zeugnis der nicht korrumpierten Wahrnehmung des Volkes. Dass der politische Witz zusammen mit der DDR untergegangen ist, beweist nicht, wie doch manche tatsächlich behaupten, dass uns nun das Lachen vergangen sei, sondern dass es dieses indirekten Mediums der verschlüsselten Kritik nicht mehr bedarf. Also: Ein Arbeiter wird interviewt. „Was ist Ihre Meinung zu unserer Volksbildungspolitik?“ „Da schließe ich mich ganz den Ausführungen der Genossin Margot Honecker an.“ „Und was ist Ihre Meinung zu unserer Wirtschaftspolitik?“ „Da schließe ich mich ganz den Ausführungen des Genossen Günter Mittag an.“ Und so weiter. „Ja, haben Sie denn gar keine eigene Meinung?“ „Doch, aber der schließe ich mich nicht an.“ Die eigene Meinung, der man sich nicht anschloss, das ist eine zwar irritierende, dennoch aber treffende Formel für den Aggregatzustand der Kritik der politischen Verhältnisse in einer Diktatur bei denen, die dem Sozialismus-Idealismus nicht auf den Leim gegangen sind. Sie haben durch den politischen Witz die Sprachnot der Kritik kompensiert. Warum durch den Witz? Weil er das Unsagbare aufblitzen lässt, ohne es auszusprechen. Unausgesprochen war allerdings die Situation in der Diktatur ständig präsent. Wie weit dieses Nichtbesprechen ging, konnte man daran erkennen, dass Ende 1989 in der Öffentlichkeit eine Unsicherheit auftrat, ob es nun der oder die Stasi heißen solle. Es gab keinen eingefahrenen Sprachgebrauch, weil man das Unheimliche nicht beim Namen nannte. Man flüsterte von der Firma oder der Sicherheit, wie man im Mittelalter den Teufel nicht beim Namen nannte, sondern als Gottseibei-uns oder den Leibhaftigen umschrieb.

Was die DDR-Bürger damals als charakteristisch für ihren Alltag zuerst benannt hätten, wäre sicherlich die Mangelwirtschaft gewesen. „Haben Sie Teppiche?“ „Nein, keine Teppiche gibt’s eine Etage höher, hier gibt’s keine Schuhe.“ Oder: „Keine Bretter für die Laube, keine Nägel, keine Schraube, für den Hintern kein Papier, aber’n Sputnik haben wir.“ Wir waren eine Gesellschaft von Jägern und Sammlern und sehr erfinderisch in der Kompensation des Mangels. Er hat uns viele Erfolgserlebnisse verschafft, die wir heute nicht mehr haben, weil man jederzeit kaufen kann, was man im Alltag braucht. Was mühsam erworben ist und schwer ersetzbar, wird höher geschätzt. Die Dinge waren wertvoller als heute. Wir haben mit viel Phantasie repariert, was heute einfach weggeschmissen wird – übrigens oft mit einem ökonomisch unvermeidbaren Aufwand an

Zeit und Material. Bis heute erfüllt es mich mit einer gewissen Genugtuung, dass ich, typisch DDR-Bürger, sehr viel besser weiß, was sich unter der Motorhaube befindet als meine westlichen Berufsgenossen. Wer ein Auto hatte, hatte die notwendigsten Ersatzteile, vor allem einen Auspuff, im Keller, weil auf den Ersatzteilhandel kein Verlass war – woraufhin in den Kellern wahrscheinlich mehr Auspuffe lagerten, als zur Befriedigung des Bedarfs nötig gewesen wäre. Insofern verschärfte der Mangel den Mangel. Der Mangel hatte auch eine kommunikative Seite: Hilfst du mir, helf ich dir. Ich brauchte mal ein Lager für meine Jauchepumpe (Kanalisation haben wir erst seit 1993) und das gab’s nicht im Geschäft. Der Schwager des Nachbarn hat in einer Pumpenwerkstatt gearbeitet und mir eines besorgt. „Das kostet nichts“, hat er gesagt, „Honecker hat doch gesagt, wir sollen noch mehr aus unseren Volkseigenen Betrieben herausholen.“ Man sieht an dem Beispiel zugleich, was das Wort „Organisieren“ alles abdeckte: gewusst wo, gewusst wie, verbunden mit einem sehr weitherzigen Verständnis von Legalität.

In einer Marktwirtschaft ist der Kunde König, in einer Mangelwirtschaft der Verkäufer, weil er über das verfügte, was knapper war als Geld: Waren. Sie gehörten ihm nicht. Aber er konnte über ihre Verteilung entscheiden. Ökonomische Macht ist durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht verschwunden, sie ist nur in andere Hände gelangt, in die der Verteiler und Organisierer. Nicht selten haben Verkäuferinnen dabei einen respektablen Gerechtigkeitsinn entwickelt, der nach 1990 ausgesprochen komisch wirkte, wenn sie nämlich den Kunden verwehrten, zu viel von einem Sonderangebot zu nehmen. Die anderen sollten doch auch noch was davon abbekommen. Sie missverstanden das Sonderangebot zur Lageräumung als knappes Gut.

Nach marxistisch-leninistischer Lehre sollte im Kommunismus das Geld abgeschafft, nämlich überflüssig werden, denn es sollte der Grundsatz gelten: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. So stand es nun mal in der „Kritik des Gothaer Programms“ von Marx. Alle Schüler und Studenten mussten diesen Unsinn lernen und ich wusste gern, wie viele Lehrer wenigstens ein schlechtes Gewissen hatten, wenn sie diesen und massenhaft anderen gleichrangigen Unsinn mit ernstem Gesicht gelehrt haben. Als die fünfte Klasse meiner Tochter zum ersten Mal mit der Weisheit konfrontiert wurde, dass im Kommunismus alles allen gemeinsam gehört, fragte ein Schüler ganz unschuldig: „Auch die Zahnbürste und die Unterhose?“ Die Frage wurde ganz ernsthaft im

Sinne des Wissenschaftlichen Sozialismus beantwortet. Was aber die Abschaffung des Ost-Gelds betrifft, so war bereits der Sozialismus darin beachtlich weit fortgeschritten. Frage an den Sender Jerewan: „Gibt es im Kommunismus noch Geld?“ Antwort: „Nur.“ Ostgeld war ein Bezugsschein ohne Einlösungsgarantie und im Kommunismus gebe es „nur“ noch solches Geld. Man brauchte zusätzlich „Vitamin B“, sprich Beziehungen. Was passiert, wenn der Sozialismus in der Sahara eingeführt wird? Fünf Jahre nichts, dann wird der Sand knapp. Der Tausch Ware gegen Ware war weitaus effektiver als der Tausch Geld gegen Ware. Und die wertvollsten Waren waren die Westwaren – und das Westgeld, der Bezugsschein für ansonsten Unerreichbares. Wer in einer Anzeige für seltenes Westgeld zu zahlen bereit war, schrieb „Tausche blaue Fliesen gegen ...“ – die Hundert-Westmark-Scheine waren blau. Aber wer hatte denn Westgeld in der DDR? Das war nun das Verrückte an dieser Ordnung der Dinge: Westgeld hatte am ehesten jemand mit Westkontakten, die aber waren den SED-Funktionären untersagt. Das alles galt allerdings erst für die 1970er und 1980er Jahre. Bis zum Bau der Mauer war der Besitz von Westgeld ein Verhaftungsgrund. Und mit Westgeld in der Tasche in Grenznähe erwischt zu werden, konnte auch späterhin als Indiz für einen „Republikfluchtversuch“ gewertet werden. Bis zuletzt wurde bestraft, wer beim Tauschen Westgeld gegen Ostgeld oder umgekehrt erwischt wurde.

Heute loben viele an der DDR die menschliche Wärme; damals habe sich nicht alles, wie heute, um Geld und Karriere gedreht. Daran ist nur richtig: Es ging damals mehr um Waren als um (Ost-)Geld. Aber für deren Beschaffung wurde ein erheblicher Aufwand getrieben. Was tut ein Franzose, wenn er seine Frau mit einem Liebhaber erwischt? Er nimmt das Küchenmesser und ersticht ihn. Und ein Engländer? Er nimmt den Revolver und erschießt sich. Und ein DDR-Bürger? Er sagt: „Ihr mehrt hier rum und im Konsum gibt's Spargel.“ Also bitte nicht flunkern. Dass es den DDR-Bürgern im Unterschied zu den Westdeutschen vor allem um ideelle und nicht um materielle Werte ging, ist geflunkert. Allerdings: Mangel macht erfinderisch und in gewissen Grenzen auch solidarisch. Auch die Elbeflut hat viel Solidarität freigesetzt. Sollen wir uns deshalb regelmäßig Elbefluten wünschen?

Die Karriereinteressen waren in der Tat gedämpft, weil sich viele gesagt haben: Von einer höheren Position in diesem dysfunktionalen System habe ich doch bloß mehr Ärger, sonst nichts. Außerdem wird dann erwar-

tet, dass ich SED-Mitglied werde und das wollten viele nicht, aus ganz verschiedenen Gründen: der Parteidisziplin wegen, die einem auch unangenehme Aufträge einbringen konnte, der politischen Dauerschulung wegen, weil sie ihre Beziehungen zu westlichen Verwandten nicht abbrechen wollten, oder auch, weil der SED-Parteibeitrag ziemlich hoch war. Manche wichen einer Anwerbung für die SED dadurch aus, dass sie schnell in eine der „Blockparteien“ eintraten. Dann waren sie sozusagen schon vergeben. Manche sind in die CDU eingetreten, weil sie die atheistische Ausrichtung der SED ablehnten. Ein Hort der Opposition waren die Blockparteien nicht, aber doch immerhin eine Versammlung von Leuten, die nicht in der SED sein wollten. Trotzdem waren aber von 16 Millionen Einwohnern 2,4 Millionen SED-Mitglieder.

Im Betrieb eine ruhige Kugel schieben („nach eins macht jeder seins“), danach mit ein bisschen Feierabendarbeit dazuverdienen und dann alle Kraft und Phantasie (nicht unbedingt ebensoviel Geschmack) in die Datsche (das Wochenendhäuschen) stecken, das war für viele einfach eine günstigere Gesamtbilanz. Das war keine Drückebergerei, sondern hing auch damit zusammen, dass die Arbeit im Betrieb in einer Mangel- und Kommandowirtschaft frustriert. Ständig fehlten Ersatzteile, Zulieferungen blieben aus und der Plan sollte dennoch erfüllt werden. Also wurde gemogelt. Ein LPG-Bauer, der nebenher noch eine kleine private Landwirtschaft betrieb, wurde von einem guten Bekannten gefragt, warum er sich das antut. Er hat geantwortet: Einmal am Tage möchte er auch etwas richtig und ordentlich machen und das hat sich übrigens für ihn auch finanziell gelohnt.

Epikurs Grundsatz *lathe biosas*, lebe im Verborgenen, war sehr beliebt: Am besten nicht auffallen. Das war ein Grundsatz der Vorsicht. Denn wer auffiel, besonders der Stasi, konnte nicht mit Nachsicht rechnen. Das vergessen diejenigen ganz, die heute die menschliche Wärme der DDR loben. Wir waren alle sehr wählerisch in der Frage, wen wir zu uns nach Hause einladen. Und im Gespräch mit Unbekannten waren wir äußerst vorsichtig bei politischen Themen. Außerdem gab es echte Kommunikationsverbote. Der sowjetische Militärarzt, der – vermittelt durch die Kinder – zu einer ostdeutschen Familie auf derselben Straße freundschaftliche Beziehungen aufnahm, wurde deshalb umgehend nach Moskau versetzt. In einem Dorf standen Pfarrhaus und Schule nebeneinander. Die Vorschulkinder des Pfarrers und des Schulleiters spielten zusammen. Als sie in die Schule kamen, erklärte der Schulleiter dem Pfarrer freundlich

und mit Bedauern: „Sie werden verstehen, dass unsere Kinder jetzt nicht mehr zusammen spielen können, bei meiner Stellung.“ Der Polizist, dessen verstorbene Mutter ein christliches Begräbnis gewünscht hat, kommt im Dunkeln zum Pfarrer, um die Beerdigung zu besprechen. „Eigentlich sollen wir ja gar nicht mit Ihnen sprechen, aber es war doch der letzte Wille meiner Mutter.“ Die Humboldt-Universität habe ich im März 1991 zum ersten Mal betreten, denn am Eingang saß ein Pförtner, der den Studenten- oder Dienstaussweis sehen wollte. Und so etwas hatte ich nicht. Was die Stasi unter dem Fachausdruck „Zersetzung“ an Kommunikationsstörungen inszeniert hat, haben wir großenteils erst nach 1990 erfahren. Einiges davon haben diejenigen, die ihr aufgefallen waren, aber damals schon geahnt.

Der Rückzug ins Private war nur sehr begrenzt möglich. Datenschutz war ohnehin ein Fremdwort. Zudem aber waren die verschiedenen Lebensbereiche rückgekoppelt. Ein Lob oder Tadel der Kinder in der Schule wurde an die Arbeitsstelle gemeldet. Wenn das Kind nicht in die FDJ, die Jugendorganisation der SED, eintrat, konnte es im Betrieb deshalb ein „Kadergespräch“ geben. Ein kritischer Brief an das *Neue Deutschland* landete ohnehin bei der Stasi und konnte eine Vorladung zur Folge haben. Beantwortet übrigens wurden meine Briefe nie. Außerdem gab es Sippenhaft. So konnte jemand mit Gefängnis bestraft werden, weil seine erwachsenen Geschwister einen Republikfluchtversuch unternommen hatten, von dem er gewusst hatte. Da der Vater verstorben war, hätte er als der ältere Bruder sie von dem Versuch abbringen müssen. Und überhaupt: Der Zugang zur Oberschule hing von der „sozialen Herkunft“ – Arbeiter- und Bauernkinder sollten bevorzugt werden –, der weltanschaulichen Orientierung und politischen Zuverlässigkeit des Elternhauses ab, für die bekanntlich kein Kind etwas kann. Arbeiter zum Ingenieur: „Meine Kinder kommen auf die Oberschule, deine nicht.“ Ingenieur zum Arbeiter: „Meine Enkel kommen auf die Oberschule, deine nicht.“

Das Unheimliche der Staatsmacht in der Diktatur beruhte auf ihrer Undurchschaubarkeit und Unberechenbarkeit. Sie war eine Black Box. Man wusste nie sicher, ob man im Stand der Gnade, der Ungnade oder der Unauffälligkeit war. Man musste raten, warum die Aufenthaltsgenehmigung für die Westverwandten abgelehnt wurde. Eine Begründung bekam man nicht und Widerspruchsmöglichkeiten waren gar nicht vorgesehen. Dadurch wurde das Risiko aufmüpfigen oder unangepassten Verhaltens unkalkulierbar. Einigermmaßen sicher war man nur im Bereich des allge-

mein Üblichen, sprich in der Unauffälligkeit. War die Staatsmacht einmal auf jemanden aufmerksam geworden, war ihre Verdächtigungsphantasie nahezu grenzenlos. Umgekehrt konnte man sich verfolgt sehen, ohne es zu sein. Also Gespensterfurcht auf beiden Seiten.



Blick auf die Zuhörer in der *Semperoper* am 28. September 2008
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk Dresden / Maik Sempfl

Die Begeisterung für die menschliche Wärme in der DDR beruht teils auf Verdrängung, teils auf damaliger Unkenntnis. Jeder konnte wissen, dass Christen im Bildungswesen und Berufsleben benachteiligt wurden. Jeder konnte wissen, dass viele, die die DDR vor 1961 verlassen haben oder später geflohen oder ausgereist sind, nachvollziehbare Gründe dafür hatten, nämlich diskriminierende Benachteiligungen. Es war aber vielen unangenehm, daran erinnert zu werden, dass es all dies gab. Oft habe ich gehört: Wer beim Fluchtversuch umkommt, ist doch selbst daran schuld. Jeder weiß doch, dass an der Grenze geschossen wird. Daneben gab es allerdings auch eine beachtliche Unkenntnis über vieles, was so im Lande geschieht. Ich habe meine Konfirmanden regelmäßig gefragt, ob es in der DDR die Todesstrafe gibt. Sie haben das durchweg verneint. Die Vollstreckungen wurden nämlich geheim gehalten. Auch die DDR-Geschichte selbst war vielen eine Terra incognita, wie der 17. Juni 1953, der Terror der Stalinzeit, die Vertreibungen im Zusammenhang mit der sogenannten Bodenreform, die Brutalitäten der Zwangskollektivierung. Selbst der Einmarsch in die ČSSR 1968 war in den 1980er Jahren jungen Leuten unbekannt. Denn in vielen Elternhäusern wurde all dies vorsichts-

halber beschwiegen. Nach 1990 hörten wir von einer Familie, deren Eltern, alte Kommunisten, beide unter Stalin im Lager waren und ihren Kindern nie davon erzählt hatten. Viele erfuhren erst 1990, dass einige der KZs vom sowjetischen Geheimdienst nach 1945 weiterbenutzt wurden. Selbst die Zahl der Selbstmorde war Staatsgeheimnis und dem Statistischen Jahrbuch nicht zu entnehmen. Die Kriminalstatistik wurde geheim gehalten, so dass nach 1990 zunächst viele der Meinung waren, die Kriminalität wachse sprunghaft an, was zwar der SED-Propaganda vom verkommenen Kapitalismus entsprach, nicht aber den Tatsachen. Geändert hatte sich nur die Berichterstattung. Die DDR-Nostalgiker wünschen sich, wie mir scheint, die Unwissenheit von damals zurück, nun aber wider besseres Wissen. Es gibt da bei manchen bis heute eine Hartherzigkeit gegenüber den Opfern um des eigenen Seelenfriedens willen.

Man könnte das Spezifische des DDR-Alltags auch danach rekonstruieren, worüber die DDR-Bürger nach 1990 vor allem gestöhnt haben, denn das war das bisher Ungewohnte. Dazu gehörte die Arbeitslosigkeit. Die gab es in der DDR höchst selten, nämlich als Strafe etwa für Ausreisewillige – aber ohne Arbeitslosengeld! Sonst hatte jeder einen Arbeitsplatz sicher und auf Lebenszeit. Ob er auf dieser Arbeitsstelle auch etwas zu tun hatte und ob etwas Sinnvolles, war eine ganz andere Frage. Die Arbeitsproduktivität betrug denn auch nur 30 Prozent der westlichen. Man nennt so etwas verdeckte Arbeitslosigkeit.

Was an zweiter Stelle genannt werden muss, ist der Gang zum Gericht. Dass man gegen eine Kündigung klagen kann und mit einigen Erfolgsaussichten, das war völlig neu. Auch dass man in Grundstücksangelegenheiten plötzlich das Gericht anrufen musste oder gegen eine Behördenentscheidung gerichtlich vorgehen konnte. Es gab in der DDR keine Verwaltungsgerichte und auch kein Verfassungsgericht. Der Rechtsweg galt als vermintes Gelände, das man möglichst mied, vor allem, wenn man befürchten musste, dass die Sache irgendwie ins Politische gezogen werden könnte. Natürlich gab es dennoch Konflikte und Regelungsbedarf. Vieles, etwa Streit zwischen Nachbarn, wurde außergerichtlich in Konfliktkommissionen vor Ort geregelt, was im Prinzip gar nicht so schlecht war. Anderes durch Eingaben, meist direkt an Honecker, was gar nicht so selten Erfolg hatte. Im Grunde war das ein Gnadenrecht, in dem der Staat sich tatsächlich als gütiger Vater präsentierte. Das hatte nach 1990 für viele fatale Folgen. Sie übersahen nämlich die üblichen Einspruchs-

fristen der Rechtsmittelbelehrungen, denn bei den Eingaben gab es ja solche Fristen nicht. Sie betrachteten die Ersetzung des (feudalen) Gnadenrechts durch verbindliche Rechtsregeln als Verschlechterung. Dass man den Rechtsweg tunlichst mied, beruhte auf Erfahrung.

Der Alltag in der DDR war der Alltag in einer Diktatur. Da lässt sich eine Frage gar nicht unterdrücken: Wie verhielt der sich denn zum Alltag in der anderen deutschen Diktatur, der Nazizeit? Die Frage ist ausgesprochen unbeliebt, und zwar bei vielen DDR-Bürgern, weil sie den Vergleich für sich als diskriminierend empfinden, und bei Westdeutschen, weil sie schon die Vergleichsabsicht als Verharmlosung der Nazizeit verstehen, deren Alltag sie als permanent manifeste Brutalität deuten. Ich habe für beide eine unangenehme Nachricht. An beiden Alltags lässt sich leider sehr viel Vergleichbares finden, wenn wir nicht 1944 mit 1988 vergleichen, sondern 1937 mit 1974. Keine Arbeitslosen, ein herrliches Urlaubsprogramm für die arbeitende Bevölkerung, Kraft durch Freude dort, FDGB-Ferendienst hier genannt, die Aussicht auf ein eigenes Auto, Volkswagen dort, Trabant hier, und das Gefühl: Es geht bergauf. Ja, es gab Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert wurden, die Rassenfeinde dort, die Klassenfeinde hier, aber das war doch eine Minderheit, die Mehrzahl der Bevölkerung war doch einigermaßen zufrieden. 1937 hatte der Zweite Weltkrieg bekanntlich noch nicht begonnen. Die Olympiade hatte gerade stattgefunden. Die Vernichtungslager waren noch nicht erfunden. Aber die Weichen waren bereits gestellt. Denn die Grundrechte waren längst kassiert durch das Ermächtigungsgesetz, die Einparteienherrschaft war installiert, die öffentliche Meinung durch Propaganda manipuliert – wie in der DDR 1974. Die Dramatisierung der Nazizeit, die die Jahre vor 1939 auslässt, ist zugleich ihre Verharmlosung. Diktatoren unterdrücken die Freiheit und ihre politischen Gegner, aber die Masse der Bevölkerung möchten sie natürlich auf ihrer Seite haben und dafür denken sie sich mancherlei Wohltaten aus.

Dies hatten jedenfalls beide Diktaturen gemeinsam:

- die Ablehnung der Gewaltenteilung zugunsten eines Führerprinzips;
- die prinzipielle Ablehnung einer unabhängigen Justiz;
- die völlige Instrumentalisierung der Medien, der Kultur, des geistigen Lebens durch die Staatspartei und die „Säuberungen“ zu diesem Zweck;
- den Missbrauch der Sozialpolitik zum Ersatz für Bürgerfreiheiten;

- die Installation einer Geheimpolizei (was etwas anderes ist als ein Geheimdienst!);
- den Fanatismus und die Feindbildpflege;
- den Jugendkult;
- die Massenmobilisierungen und Massenorganisationen und den „freiwilligen Zwang“ zu Teilnahme und Mitgliedschaft.



V. l. n. r.: Prof. Dr. h. c. Dr. theol. habil. Richard Schröder, der Leiter des Bildungswerkes Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Dr. Joachim Klose, Prof. Dr. Beate Neuss und Ministerpräsident Stanislaw Tillich MdL
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk Dresden / Maik Sempf

Natürlich gab es gravierende Unterschiede. Ich sehe vor allem drei:

1. Das NS-Regime war hausgemacht deutsch, die SED-Diktatur dagegen von der Sowjetunion installiert und ausgehalten. In der DDR hatten wir es immer mit Satrapen von sowjetischen Gnaden zu tun. Ein Attentat auf Ulbricht wäre schlicht sinnlos gewesen. Moskau hätte einen Nachfolger inthronisiert. Und in der DDR konnte keine wirksame Opposition bis ins Machtzentrum vordringen, weil die SED viel stärker als die NSDAP alle institutionellen Bereiche der Gesellschaft durch ihr Personal kontrollierte. Nur bei den Kirchen klappte das nicht. Andererseits hatte das NS-Regime wohl mehr fanatische oder doch begeisterte Anhänger als das SED-Regime. Übrigens: Die evangelische Kirche in Deutschland hatte eine gewisse Mitschuld an der Machtergreifung Hitlers, weil sehr viele 1933 vom „nationalen Aufbruch“ blind begeistert waren und weder Demokratie noch Rechtsstaat verteidigt haben. An der Machtergreifung der Kommunisten

hatte sie überhaupt keine Schuld und sich fortwährend kritisch zur SED-Politik geäußert, zumal in den Synoden. In der Nazizeit war die Evangelische Kirche gespalten, nicht nur kirchenpolitisch, sondern auch theologisch. Die Evangelische Kirche in der DDR war sehr pluralistisch, aber einen Gegensatz wie den zwischen Deutschen Christen und Bekenntner Kirche hat es in ihr nie gegeben. Und sie hat immer die Kontakte „nach drüben“ intensiv gepflegt, bis zu lebendigen Partnerschaften von Kirchengemeinden.

2. Das NS-Regime war von vornherein auf Eroberungskrieg und die Verfolgung der Juden aus. Die SED hat keinen Krieg vom Zaune gebrochen und keine Vernichtungslager installiert. Sie hat aber eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft betrieben und den Vormarsch nach Westen regelmäßig in Manövern geübt. Die für diesen Fall vorgesehenen militärischen Orden und Ehrenzeichen waren im NVA-Hauptquartier in Strausberg eingelagert. Den Einmarsch in die ČSSR zur Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 hat die SED gefordert und gefördert. Und sie hat Internierungslager für den Fall der Fälle vorbereitet einschließlich der Namenslisten.

3. Spätestens seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mussten die Wissenden sagen: Es kann nicht mehr schlimmer kommen. Nach dem Ende der Stalinzeit haben wir gesagt: Es war schon einmal schlimmer. Feindsender hören wurde geduldet, für politische Vergehen war schließlich die „Höchststrafe“ Ausreise. Die Entspannungspolitik hatte zur Folge, dass ein wichtiges Element für die Stabilität einer Diktatur zerbröselte: das Fehlen der Öffentlichkeit. Das Westfernsehen wurde zum Ersatz. Wir alle waren seit den 1970er Jahren abends Zaungäste der Bundesrepublik und erfuhren auf dem Umweg vieles über die DDR, was die DDR-Medien verschwiegen. Schließlich konnte man manche Artikel im *Neuen Deutschland* nur noch verstehen, wenn man die Westnachrichten kannte, auf die sie sich bezogen. Während in den 1970er Jahren hinterhältige Lehrer in den unteren Klassen noch mit Fangfragen zu eruierten versuchten, ob zu Hause Westfernsehen gesehen wird („Hat eure Fernsehuhre Striche oder Punkte?“), waren in den späten 1970er und 1980er Jahren die Funktönskinder, die kein Westfernsehen sehen durften, im Pausengespräch arg benachteiligt: Sie wussten nicht, worum es geht. Zudem musste die SED der ökonomischen Abhängigkeit vom Westen wegen (sie wurde zunehmend devisensüchtig) Junktims zwischen Westkrediten und innenpolitischen Erleichterungen hinnehmen. Ohne Westkorrespondenten im

eigenen Land hätte die SED die Oppositionellen mühelos mundtot gemacht. Die meisten im Lande hätten gar nichts von ihnen erfahren.

Und so haben die beiden Diktaturen auch ein gänzlich verschiedenes Ende gefunden. Von der Nazidiktatur musste das deutsche Volk nach einem verlorenen Krieg von den Siegern befreit werden. Der SED-Diktatur dagegen hat die Bevölkerung den letzten Tritt zum Einsturz verpasst, nachdem Gorbatschow ihr die sowjetische Unterstützung entzogen hatte.

Unter diesen Einschränkungen ist der Alltag in den beiden Diktaturen leider doch sehr ähnlich gewesen, ob uns das nun passt oder nicht. André Brie (PDS) hat einmal gesagt, die SED-Herrschaft habe stärker in die Persönlichkeit und ins Private hineingewirkt als die Naziherrschaft. Er ist dafür von einigen seiner Genossen hart getadelt worden. Er hat aber recht. Das hängt mit der Dauer zusammen: Zwölf Jahre Nazizeit waren nicht einmal eine Generation, 45 Jahre SED-Herrschaft waren mehr als eine Generation. Zum Vergleich: Die Weimarer Republik hielt sich dreizehn Jahre und wir sind jetzt im neunzehnten Jahr der deutschen Einheit.

Nach meinen Gesprächserfahrungen in diesen neunzehn Jahren muss ich sagen: Sehr viele Westdeutsche können sich den Alltag in einer Diktatur – in beiden Diktaturen – einfach nicht vorstellen. Das DDR-Bild, das mir da begegnet, ist zumeist eine Bundesrepublik mit Ostgeld und Reisebeschränkungen. „Gab es bei Ihnen auch Schüleraustausch mit anderen Ländern?“ „Haben Sie einmal mit Honecker persönlich gesprochen?“ Und so weiter.

Diese Ahnungslosigkeit hat zwei missliche Folgen. Sie macht unfähig zur Würdigung aufrechten Verhaltens in der Diktatur, weil sie keine Ahnung von den unkalkulierbaren Risiken hat. Ein kritischer Leserbrief politischen Inhalts an eine Zeitung war riskant. Manche meinten: leichtsinnig. Der Westdeutsche hört Leserbrief und denkt: Die schreibe ich doch im Dutzend täglich, wenn's sein muss. Die Anstrengung, sich die eigene Urteilsfähigkeit gegen die Dauerpropaganda zu erhalten, kann von außen und nachträglich schwer nachempfunden werden, ebenso wenig die Anstrengung, den Kindern nahezubringen, dass vieles von dem, was sie in der Schule hören, nicht stimmt, die Lehrerin deshalb aber keine Lügnerin ist. Und dies musste man ihnen so beibringen, dass sie in der Schule nicht ins Messer laufen. Denn niemand ist zum Selbstopfer verpflichtet.

Und sie nährt Illusionen darüber, wie sie, die Westdeutschen, sich in der Diktatur verhalten hätten. Durch zivilen Ungehorsam und Aufsässigkeit hätten wir das Regime zu Fall gebracht, was denn sonst! Wenn man von der alltäglichen Repression erzählt, kommt die vorwurfsvolle Frage: Und das habt ihr euch bieten lassen? Dann schaut man verlegen drein und sieht sich als Feigling entlarvt. Immerhin kann man die Älteren daran erinnern, was sie sich an Schikanen beim Transit nach Westberlin von den „Organen“ widerstandslos haben bieten lassen. Es ist nämlich so: Ziviler Ungehorsam wirkt nur, wenn es eine freie Öffentlichkeit gibt und die Machthaber von ihr abhängig sind. Stalin soll Churchill bei einem der Treffen in vorgerückter Stunde gefragt haben, warum er Gandhi nicht einfach erschießen lässt. Auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ war Zivilcourage völlig wirkungslos gegen die Panzer. Manche behaupten nun, der Herbst 1989 habe bewiesen, dass man gewaltfrei eine Diktatur stürzen kann und knüpfen daran phantastische Erwartungen an die Macht zivilen Widerstands und ziviler Konfliktlösungen. Sie übersehen dabei: All das wirkt nur, wenn die Panzer in den Kasernen bleiben oder wenn die Diktatur Beißhemmungen hat. Eine Diktatur in der Selbstisolierung kann unten nicht gestürzt werden, wenn sie keine „Fehler“ macht.

Was uns vor einer Diktatur schützt, ist weder Charakterstärke noch Mut, schon gar nicht Eigensinn, denn den brechen Diktatoren spielend, sondern mindestens zwei Institutionen: unabhängige (mindestens: plurale) Medien und eine unabhängige Justiz. Die SED-Diktatur konnte zum Einsturz gebracht werden, weil sie sich unfreiwillig einige Beißhemmungen auferlegen musste. Den zu allem entschlossenen Genossen fiel das Herz in die Hosentasche, als sie der sowjetischen Panzer nicht mehr sicher waren.

DIE AUTOREN

Prof. Dr. Beate Neuss

Jahrgang 1953, ist Professorin für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz und Stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Prof. Dr. h. c. Dr. theol. habil. Richard Schröder

Jahrgang 1943, hat den Lehrstuhl für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin inne.

Stanislaw Tillich MdL

Jahrgang 1959, ist Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Ralf Thomas Baus

Leiter Team Innenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

10907 Berlin

Telefon: +49(0)-30-2 69 96-35 03

E-Mail: ralf.baus@kas.de

Wolfgang Hilberer

Koordinator Bürgergesellschaft

Team Innenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Tel.: +49(0)-30-2 69 96-35 07

E-Mail: wolfgang.hilberer@kas.de

PUBLIKATIONSREIHE „WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT“

In der Publikationsreihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiches Material zu den Themen „60 Jahre Bundesrepublik“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“ an. Bisher sind in dieser Reihe erschienen:

- *Michael F. Feldkamp:*
Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949.
Optionen für die Europäische Integration und die Deutsche Einheit
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-09-8
- *Bernd Sprenger | Bodo Herzog:*
Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-10-4
- *Berndt Seite:*
Weißer Rauch. Eine Erzählung aus den Tagen des Mauerfalls 1989
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 2004.
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008
ISBN 978-3-940955-08-1
- *Uwe Backes | Ralf Thomas Baus | Herfried Münkler:*
Der Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR
Sankt Augustin/Berlin, Januar 2009
ISBN 978-3-940955-46-3

Die Publikationen können per E-Mail (bestellung@kas.de) bestellt werden.

INTERNETPORTALE

Mit einer Wissensplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems. *DDR – Mythos und Wirklichkeit* heißt das Internetportal und klärt auf über Alltag, Kultur, Wissenschaft und Ideologie in der DDR. Didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht, Interviews mit Zeitzeugen und Veranstaltungshinweise sowie ein Kalendarium führen über die Jahrestage der DDR durch die Geschichte des Unrechtssystems – vom Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik während der Potsdamer Konferenz im Mai 1945 bis zum Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED im Dezember 1989.

Siehe unter www.kas.de/wf/de/71.6466/

Außerdem hat die Konrad-Adenauer-Stiftung für weitere Informationen zu den Jubiläen ein Internetportal unter www.kas.de/weichenstellungen eingerichtet.